

Auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft – das wirtschaftsordnungspolitische Programm des Kreisauer Kreises für die Zeit nach Hitler¹

Von Daniela Rütter

Lange Zeit galt der von der Gestapo so genannte Kreisauer Kreis um die Grafen Helmuth James von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg in der Historiographie zum Widerstand als eine Gruppe von theoretisierenden Intellektuellen, als ein »Verein von Literaten und Schönggeistern«², die »nur gedacht« hätten, aber letztlich vor den Konsequenzen des Handelns zurückgeschreckt seien. Dieses, nicht zuletzt durch die Verteidigungsstrategie der Kreisauer vor dem Volksgerichtshof entstandene Bild,³ ist grundlegend revidiert worden, ebenso auch die Auffassung, der Kreisauer Kreis habe sich nach der frühzeitigen Verhaftung Moltkes im Januar 1944 aufgelöst.⁴ Tatsächlich blieb der Kreis erhalten, es fanden weiterhin Treffen in Berlin statt und die »Freunde« – so die Eigenbezeichnung – wurden zu einem integralen Bestandteil der Verschwörung.⁵ Yorck, Adam von Trott, Julius Leber und Adolf Reichwein schlossen sich nach der Verhaftung Moltkes eng an den Grafen Claus Schenk von Stauffenberg an, der ein Vetter Yorcks war. Vor dem Hintergrund neuerer Forschungsergebnisse, die zeigen, dass Carl Friedrich Goerdeler zentrale Rolle innerhalb der Verschwörung seit Ende 1942 zunehmend ausgehöhlt wurde,⁶ treten damit die umfassenden programmatischen Planungen des Kreisauer Kreises stärker hervor. Von Bedeutung ist dies ins-

-
- 1 Vorliegender Aufsatz ist die erweiterte Fassung eines Vortrags auf der 7. Kreisauer Tagung der Forschungsgemeinschaft 20. Juli zum Thema »Der Widerstand der Geschwister Grafen Yorck von Wartenburg« im November 2002.
 - 2 So die spöttische Bezeichnung Fritz Dietlof Graf von der Schulenburgs; zit. nach Marion YORCK VON WARTENBURG, *Die Stärke der Stille. Erzählung eines Lebens aus dem deutschen Widerstand*, 3. Aufl., München 1988, S. 47.
 - 3 Vgl. die Formulierung Moltkes in seinem Brief vom 10.1.1945: »Wir haben nur gedacht ...«, in: Helmuth James von MOLTKE, *Briefe an Freya 1939–1945*, hg. v. Beate RUHM VON OPPEN, 2. Aufl., München 1991, S. 616.
 - 4 Geprägt wurde dieses Bild durch die grundlegende Arbeit von Ger van ROON, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967, S. 471.
 - 5 Thomas CHILDERS, *The Kreisau Circle and the Twentieth of July*, in: David Clay LARGE (Hg.), *Contending with Hitler*, Cambridge 1991, S. 117.
 - 6 Hans MOMMSEN, *Carl Friedrich Goerdeler im Widerstand gegen Hitler*, in: Sabine GILLMANN/Hans MOMMSEN (Hg.), *Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers*, Bd. 1, München 2003, S. LVII, LXII.

besondere für das Feld der wirtschaftspolitischen Vorstellungen, barg dieses doch den größten Konfliktstoff, wie eine Aussprache zwischen den »Alten« und den »Jungen« der Opposition im Januar 1943 zeigte, bei der es gar zur offenen Auseinandersetzung zwischen Goerdeler und den Kreisauern kam, die sich als weitere Gruppe innerhalb des zivilen Teils der Opposition etabliert hatten.⁷

Im Einklang mit der lange Zeit wirkenden tendenziellen Unterschätzung der Rolle des Kreisauer Kreises innerhalb der Opposition gegen Hitler wurden die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Kreisauer in der Forschung, wie die Planungen insgesamt, als »utopisch-romantisch« oder gar »dunkel und romantisch« bezeichnet.⁸ Weitgehend übereinstimmend wurden die wirtschaftspolitischen Vorstellungen als tendenziell sozialistisch charakterisiert, was dazu führte, dass die Kreisauer als Vertreter des eher linken Spektrums der Opposition des 20. Juli betrachtet wurden. Hans Rothfels hob die »starke Beimischung sozialistischer Elemente in den Organisations- und Sachfragen der Wirtschaft« hervor.⁹ Peter Hoffmann kennzeichnete die Vorstellungen des Kreises als illiberal und sprach von der »Kreisauer Planwirtschaft«.¹⁰ Hans Mommsen wiederum betonte in seiner frühen Darstellung zum Gesellschaftsbild des Widerstands die Verbindung von konservativem Reformwillen mit sozialistischen Gedankengängen in den Vorstellungen des Kreisauer Kreises.¹¹ Nach Darstellung des Wirtschaftswissenschaftlers Günter Schmolders, der zum äußeren Kreis der »Freunde« gehörte, verwandte Peter Graf Yorck von Wartenburg den Begriff des »personalen« oder »personalistischen Sozialismus« zur Kennzeichnung des Kreisauer Wirtschaftsprogramms.¹² Bei allen Unterschieden in der Charakterisierung der wirtschaftspolitischen Planungen der Kreisauer besteht ein breiter Konsens in dem Urteil, dass sich ihre Vorstellungen nach 1945 nicht durchgesetzt

7 Daniela RÜTHER, *Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler*, Paderborn 2002, S. 281ff.

8 Hans ROTHFELS, *Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung*, Neuausgabe, Frankfurt/M. 1986, S. 146. So auch Gerhard RITTER, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, 4. Aufl., Stuttgart 1984, S. 312, S. 522 Anm. 62, der ebenfalls von den »romantischen Zügen ihres nur halbausgereiften Zukunftsprogrammes« sprach.

9 ROTHFELS (wie Anm. 8), S. 143.

10 Peter HOFFMANN, *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, 4. Aufl., München 1985, S. 253.

11 Hans MOMMSEN, *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes*, in: Hermann GRAML (Hg.), *Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten*, Frankfurt/M. 1984, S. 40.

12 Günter SCHMÖLDERS, *Personalistischer Sozialismus. Die Wirtschaftsordnungskonzeption des Kreisauer Kreises der deutschen Widerstandsbewegung* (Demokratische Existenz heute, 17), Köln 1969, S. 51; Ernst Wilhelm WINTERHAGER (Bearb.), *Der Kreisauer Kreis. Porträt einer Widerstandsgruppe*, Berlin 1985, S. 107.

hätten.¹³ Die nähere Betrachtung des wirtschaftspolitischen Programms der Kreisauer und seiner Genese vermag hingegen zu zeigen, dass dieses Urteil revisionsbedürftig ist: Keine Gruppierung der Verschwörung des 20. Juli entwickelte Vorstellungen, die so weitgehend auf die Soziale Marktwirtschaft verwiesen wie die Kreisauer.

Der Leistungswettbewerb als Ziel

In den Kreisauer »Grundsätzen für die Neuordnung« vom August 1943 heißt es zur Wirtschaftsordnung: »Die Reichsregierung sieht die Grundlage des Wiederaufbaus der Wirtschaft in einem geordneten Leistungswettbewerb, der sich im Rahmen staatlicher Wirtschaftsführung vollzieht und hinsichtlich seiner Methoden ständiger staatlicher Aufsicht unterliegt. Wo die vorhandenen Bindungen und Verflechtungen der Wirtschaft (Monopole, Kartelle, Konzerne) diesen Leistungswettbewerb ausschließen, ist es Aufgabe der Wirtschaftsführung, die Grundsätze des geordneten Leistungswettbewerbs zur Geltung zu bringen und die Interessen der Gesamtheit zu wahren.«¹⁴ Die Hervorhebung von staatlicher Wirtschaftsführung und staatlicher Aufsicht mag auf den ersten Blick gerade nicht auf die Soziale Marktwirtschaft verweisen, sondern eher dazu geeignet sein, die Anschauungen zu bestätigen, die die Kreisauer Wirtschaftsauffassungen mit dem Etikett staatssozialistisch versehen. Der zentrale Schlüsselbegriff ist jedoch der des »geordneten Leistungswettbewerbs«, der zuvor weder in den Schriften von Moltke noch von Einsiedel oder Trotha zu finden ist.

Hinter diesem Begriff verbirgt sich – was bislang nicht erkannt worden ist – ein ganz spezifisches Konzept, das im Zuge der ordnungspolitischen Theorieentwicklung während der Weltwirtschaftskrise entwickelt wurde, für die vor allem die Namen Walter Eucken, Franz Böhm und Alexander Rüstow stehen. Das Konzept, das die später so genannten Neo- bzw. Ordoliberalen aus der Taufe hoben, die nach 1945 maßgeblichen Einfluss auf Erhards Soziale Marktwirtschaft hatten, war, wie die quellenkritische Analyse im Kontext der zeitgenössischen Diskussion zeigt, das einer Leistungswettbewerbsordnung.¹⁵ Es zeichnete sich gerade dadurch aus, dass es sich des Liberalismus weitgehend entledigte und nur den Glauben an die Gleichgewichtstendenz des Marktes bewahrte. Hintergrund war eine Krisenanalyse, die angesichts der massiven

13 SCHMÖLDERS (wie Anm. 12), S. 57ff.; zum gleichen Urteil bezogen auf die Gesamtplanungen s. Wilhelm Ernst WINTERHAGER, *Enttäuschte Hoffnungen: Zum Anteil der Überlebenden des 20. Juli 1944 am politischen Neuaufbau in Westdeutschland nach 1945*, in: Gerd R. UEBERSCHÄR (Hg.), *Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime*, Köln 1994, S. 262.

14 Abgedruckt bei ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 566.

15 Auch für das Folgende: RÜTHER (wie Anm. 7), S. 21ff.

Infragestellung des Kapitalismus und mit ihm der theoretischen Nationalökonomie die Ursache für die Wirtschaftskrise nicht in ökonomischen Faktoren, sondern im vermeintlich unzulänglichen parlamentarischen System der Weimarer Republik erblickte und darum einen – nicht weiter spezifizierten – starken Staat forderte, der den Rahmen für die Leistungswettbewerbsordnung setzen und diese regeln sollte. Wie die vielfältigen Modelle, welche allenthalben vor allem aufseiten der Vertreter der Konservativen Revolution entwickelt wurden, verstand sich auch die Leistungswettbewerbsordnung als Konzept eines »dritten Weges«, als Alternative zu freier Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft, so die Euckensche Terminologie. Dabei bezeichnete der Leistungswettbewerb eine spezifische, als ideal bewertete Form der Konkurrenz, i.e. den Wettbewerb zwischen entmachteten Einzelnen, durch den vermeintlich echte, horizontale Leistungsvergleiche ermöglicht würden. Voraussetzung zur Realisierung des Leistungswettbewerbs war daher die Entmachtung von wirtschaftlichen Zusammenschlüssen und Interessenvertretungen, Monopolen, Kartellen, aber auch von Verbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Im Zentrum der Theorie stand der Marktmechanismus, dessen Funktion durch den Staat qua Ordnungspolitik garantiert werden sollte, d. h. der Staat sollte den Mechanismus der Marktwirtschaft durch marktconforme Eingriffe schützen bzw. wiederherstellen. Dazu sollten die Märkte zweigeteilt werden: in einen Wettbewerbsbereich und in einen Bereich, in dem der Staat durch eine Politik des »als ob« den Leistungswettbewerb gleichsam künstlich herstellen sollte. Die gesamtwirtschaftliche Zielvorgabe war der Leistungswettbewerb auf allen Märkten. Die Theorie war damit normativ bestimmt.

Weiterentwickelt und propagiert wurde die Leistungswettbewerbstheorie in den 30er und 40er Jahren vor allem von Constantin von Dietze, Walter Eucken und Adolf Lampe, den Freiburger Nationalökonomern, die den Kern der oppositionellen Freiburger Kreise bildeten. Sie hatten Kontakt zu maßgeblichen Persönlichkeiten der Verschwörung des 20. Juli, die sie in wirtschaftsordnungspolitischen Fragen konsultierten und in ihre programmatischen Arbeiten involvierten, ja sie sogar als Vermittler und übergeordnete Urteilsinstanz anriefen, so namentlich Carl Friedrich Goerdeler und Johannes Popitz. Dies blieb nicht ohne Folgen: Einflüsse der Leistungswettbewerbskonzeption sind bei allen Gruppierungen innerhalb der Widerstandsbewegung des 20. Juli, die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen befassten, nachweisbar. Aber: keine Gruppierung innerhalb der Widerstandsbewegung übernahm so weitgehend das Konzept des Leistungswettbewerbs wie die Kreisauer.

Dieses neue Forschungsergebnis scheint insofern besonders überraschend zu sein, als die »Freunde« ihre Überlegungen nicht allein auf die Ordnung nach Hitler richteten, sondern eine grundsätzliche Reform – in allen Bereichen

– anstrebten. Getragen von der Überzeugung, an einem Wendepunkt der Geschichte zu stehen, »den pathetischen Abschluß einer Epoche [zu] erleben«, wie es Yorck formulierte,¹⁶ strebten die Kreisauer ganz neue Lösungen an. Dies bedeutete in der konkreten Arbeit: keine literarischen Vorbilder, Beteiligung eines breiten Spektrums an Meinungen, keine Abstimmungen, stattdessen Konsensfindung. Eugen Gerstenmaier erinnerte sich später, merkwürdigerweise hätten sie bei den Beratungen im Kreisauer Kreis ideengeschichtliche Entwicklungen gar nicht beschäftigt.¹⁷ Trotz dieser Arbeitsweise und obwohl das Leistungswettbewerbskonzept zudem eine grundsätzliche Ablehnung von Gewerkschaften enthielt und zum damaligen Zeitpunkt sich gerade durch das Fehlen jeglicher sozialpolitischer Überlegungen auszeichnete – abgesehen vom politisch-sozialen Ziel der Gemeinschaftsbildung – fanden seine wesentlichen Grundzüge nahezu vollständig Eingang in das Programm des Kreises. Der Hintergrund: Yorck war durch seine Tätigkeit beim Reichspreiskommissar in Berührung mit der Leistungswettbewerbstheorie gekommen, sodass die nationalökonomischen Vorstellungen der Professoren der Freiburger Kreise bereits in der Führungsspitze des Freundeskreises um Moltke und Yorck präsent waren, noch bevor sich der Kreis ganz formiert hatte.

Die wirtschaftspolitischen Anschauungen Yorcks

Der Blick der Widerstandsforscher richtete sich lange Zeit primär auf den Grafen Moltke, Peter Graf Yorck von Wartenburg war in seinem übergroßen Schatten verborgen, was sicherlich aus der ungleichen Überlieferung resultierte. Während vor allem die Briefe Moltkes an seine Frau ein wichtiges Zeugnis über die Tätigkeit des Kreises und Moltkes darstellen und auch seine Arbeit als Anwalt des Völkerrechts dokumentiert ist, liegen außer den letzten Briefen Yorcks an seine Frau und ihrem Lebensbericht so gut wie keine Quellen vor.¹⁸ Die Briefe an seine Frau, die einem Kindermädchen in Klein-Oels anvertraut worden war, hatte dieses nach dem 20. Juli 1944 aus Angst verbrannt. Um die Vernichtung seiner weiteren Privatkorrespondenz, die bei den Schwiegereltern eines Arbeitskollegen vergraben worden war, hatte Yorck am Tag des

16 Yorck an Moltke, 7.7.1940, in: ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 482.

17 Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/M. 1981, S. 182.

18 Auch über die seit Ende 1938 in Yorcks Hause stattfindenden Gespräche, an denen neben ihm und seiner Frau Albrecht von Kessel, Otto Ehrensberger, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und dessen Frau, der gemeinsame ältere Freund von Yorck und Schulenburg, Nikolaus Graf von Uexküll-Gyllenband sowie dessen Neffe Caesar von Hofacker und gelegentlich Berthold Stauffenberg teilnahmen, liegen kaum Quellen vor. Zweck der Beratungen war die Erarbeitung von Grundsätzen für eine neue Reichsverfassung. Vgl. Detlef Graf von SCHWERIN, *Die Jungen des 20. Juli 1944. Brücklmeier, Kessel, Schulenburg, Schwerin, Wussow, Yorck*, Berlin 1991, S. 79f.

Attentats selbst gebeten.¹⁹ Obwohl inzwischen Konsens darüber besteht, dass Yorck zusammen mit Moltke eine Doppelspitze bildete, wobei Moltke der »Motor« und Yorck die »integrierende Kraft« war,²⁰ erscheint Yorcks Bild in der Historiographie weiterhin eigentümlich blass²¹ und das, obwohl Yorck auch nach der Verhaftung Moltkes weiter eine zentrale Rolle für die oppositionellen Aktivitäten der Kreisauer spielte. Es war das Haus der Yorcks, das in Berlin zu einer »Art ›Hauptquartier‹« der »Freunde« wurde²² und wo insgesamt wesentlich mehr Zusammenkünfte als in Kreisau stattfanden. Auch auf dem Gebiet der wirtschaftspolitischen Planungen des Kreises blieb das Bild Yorcks, diesmal durch Günter Schmölders, überdeckt.²³

Es gibt jedoch eine aussagekräftige Quelle zu den wirtschaftspolitischen Auffassungen Yorcks, die bisher noch nicht hinreichend für diese Fragestellung ausgewertet worden ist: Yorcks Beitrag auf einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik der Akademie für Deutsches Recht im November 1941, der unter dem Titel »Ansätze zum Leistungswettbewerb in der Kriegswirtschaft« in dem 1942 erschienenen Sammelband »Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese« publiziert

19 MOLTKE, *Briefe* (wie Anm. 3); Ger van ROON (Hg.), *Helmuth James Graf von Moltke. Völkerrecht im Dienste der Menschen, Dokumente*, Berlin 1986; SCHWERIN (wie Anm. 18), S. 270 Anm. 4.

20 Neben Gräfin YORCK (wie Anm. 2), S. 48 vertritt v. a. WINTERHAGER, *Kreisauer Kreis* (wie Anm. 12), S. 21 die Position, es habe eine Doppelspitze bestanden. Vgl. dagegen die Darstellung ROONS (wie Anm. 4), die Moltke in den Mittelpunkt setzt. Bereits Otto Heinrich von der GABLENTZ bemerkte dazu in seiner Rezension *Der Kreisauer Kreis. Eine Würdigung von van Roons Gesamtdarstellung*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 9. Jg. (1968), S. 589, van Roon sei einer Faszination durch Moltke erlegen, was nicht nur an der besseren Erhaltung von Moltke-Papieren liege. S. a. GERSTENMAIER (wie Anm. 17), S. 183, der beklagt, dass das Bild Yorcks in der Historiographie unangemessen überdeckt sei; Moltkes bald nach Kriegsende in England und Deutschland publiziertes Märtyrerbild habe Yorck überstrahlt. Im Unterschied zu diesen Positionen vertritt HOFFMANN (wie Anm. 10), S. 247, die Meinung, der Kreisauer Kreis habe keinen eigentlichen Führer gehabt.

21 In jüngerer Zeit wurde Yorck im Zuge der Diskussionen über die Beteiligung der Wehrmacht an den während des Krieges an der Ostfront begangenen Verbrechen aufgrund seiner Tätigkeit im Stab des Wirtschaftsstabes Ost (seit dem 15. Juli 1942) ins Zwielficht gesetzt (vgl. Christian GERLACH, *Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion*, in: Hannes HEER/Klaus NAUMANN (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944*, 2. Aufl., Hamburg 1995, S. 438f.). Abgesehen davon, dass, wie Winfried HEINEMANN, *Der Widerstand gegen das NS-Regime und der Krieg an der Ostfront*, in: *Militärgeschichte*, NF 8 (1998), S. 49 mit Recht hervorgehoben hat, die Beschränkung auf die Akten als einzig zulässige Quelle a priori nicht angemessen ist, bewegt sich Gerlach mit seinen auf knapp zwei Seiten hingeworfenen Vorwürfen auf einer sehr dünnen Quellenbasis.

22 Clarita von TROTT zu SOLZ, *Adam von Trott zu Solz. Eine Lebensbeschreibung*, Berlin 1994, S. 165. S. a. GERSTENMAIER (wie Anm. 17), S. 179, der das Haus der Yorcks in Berlin als »Treffpunkt und Mittelpunkt für uns Kreisauer mehr als Kreisau selbst« bezeichnete. Sowohl Moltke als auch Gerstenmaier wohnten nach ihrer Ausbombung 1943 in dem Reihenhause der Yorcks in der Hortensienstraße in Berlin.

23 WINTERHAGER, *Kreisauer Kreis* (wie Anm. 12), S. 106f.

wurde.²⁴ Dieser Aufsatz legt offen, dass Yorcks Vorstellungen frühzeitig maßgeblich von dem Konzept der Freiburger NationalökonomInnen beeinflusst waren. Darin demonstriert Yorck anhand einzelner Beispiele, mit welchen Maßnahmen im Rahmen der Preispolitik versucht werde, Leistungsanreize in der Wirtschaft zu erhalten. In diesem Kontext stellt er die Preispolitik des Reichskommissars geradezu als Realisierung der Leistungswettbewerbstheorie dar: »Aus dem Gedanken heraus, dass bei vollständiger Konkurrenz der Leistungswettbewerb besser als eine allgemein verpflichtende Rechtsnorm geeignet ist, die volkswirtschaftlichen Belange zu wahren, hat der Reichskommissar für die Preisbildung auf einzelnen Gebieten den Versuch unternommen, das Wettbewerbsprinzip der staatlichen Preislenkung dienstbar zu machen und die Verhältnisse dergestalt zu ordnen, als ob ein freier Wettbewerb in vollständiger Konkurrenz vorhanden sei. Damit sollten nach Möglichkeit alle Vorteile echten Leistungswettbewerbs der Kriegswirtschaft dienstbar gemacht werden.«²⁵ Angesichts dieses klaren Bekenntnisses zur Leistungswettbewerbstheorie verwundert es nicht, dass sich die zentralen Gedanken dieses Konzepts in den Kreisauer Vorstellungen durchsetzen. Die von Yorck beschriebenen Ordnungsprinzipien finden sich später in gleicher Form in den »Grundsätzen für die Neuordnung« wieder. Schon Otto Heinrich von der Gablentz hatte berichtet, Yorck sei von den Freiburger Neoliberalen beeinflusst gewesen.²⁶ Diese Aussage wie auch das Ausmaß und auch die Konsequenz für den Meinungsbildungsprozess innerhalb des Kreises sind bis dato nicht ausreichend beachtet worden.

Bislang wurde in der Forschung diese durch Yorcks Rezeption der Leistungswettbewerbstheorie fassbare Verbindung zwischen den Kreisauer Kreisen und den Freiburger Kreisen weitgehend übersehen und dominiert die Auffassung, zwischen den Freiburgern und den Kreisauern hätten keine Kontakte von Bedeutung bestanden.²⁷ Auch wenn in der Historiographie auf die Tagung der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik und ihre Publikation eingegangen wird, wird zumeist die Verbindungslinie zwischen den Kreisen übersehen. Teilweise wird der Verfasser des Beitrags im genannten Sammelband, dessen Vorname in der Publikation nicht angegeben ist, nicht als Peter Graf Yorck von Wartenburg identifiziert.²⁸

24 Peter YORCK VON WARTENBURG, *Ansätze zum Leistungswettbewerb in der Kriegswirtschaft*, in: Günter SCHMÖLDERS (Hg.), *Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese*, Berlin 1942, S. 17–27.

25 EBD., S. 19.

26 GABLENTZ (wie Anm. 20), S. 596.

27 Vgl. Klemens von KLEMPERER, *Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945*, Berlin 1994, S. 61.

28 So von Ludolf HERBST, *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945*, Stuttgart 1982, S. 148.

Bisher gilt das Augenmerk eher der Tagung selbst und der aus ihr hervorgegangenen Veröffentlichung, die – auf der Grundlage der retrospektiven Darstellung des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, Günter Schmölders – als Husarenstreich dargestellt werden. Auch Franz Böhm bezeichnete die Einberufung der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik, die Auswahl der Sachverständigen und die Themenstellung nach 1945 als politisch gesehen »ganz hübsches Komplott«. ²⁹ Richtig ist, dass die Teilnehmer der Tagung in ihren Referaten für den heutigen Betrachter erstaunlich offen und ungeschminkt über die bestehende und auch die zukünftige Ordnung der Wirtschaft räsionierten, wobei sich Eucken in seinem Beitrag deutlich von der Grenzlinie der noch systemimmanenten Kritik entfernte, indem er unmissverständlich konstatierte, dass eine »völlige Umgestaltung« der Wirtschaftsordnung in der Nachkriegszeit eintreten müsse und dass die kommende Wirtschaftsordnung neben dem Kriterium der ökonomischen Funktionsfähigkeit auch dem der Menschenwürde zu genügen habe. ³⁰ Aber der kritische Tenor der Beiträge des Sammelbandes war keineswegs neu, sondern stand in einer Reihe mit den vorhergehenden Publikationen der Wirtschaftswissenschaftler innerhalb der Akademie für Deutsches Recht, den Sammelbänden »Gerechter Preis« von 1940 und »Geldpolitik« von 1941, wo sich ähnliche Positionen finden. ³¹ Außerdem hatte die Radikalität der kritischen Äußerungen keinerlei Konsequenzen für das weitere Schicksal der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik. ³² Ihre Arbeit wurde keineswegs eingestellt. Im Gegenteil: Sie war eine der Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Klasse IV Wirtschaftswissenschaften der Akademie, der die längste Lebensdauer beschieden war. Sie publizierte weiter und tagte noch im Mai 1943 in Berlin, als ein Großteil der Arbeitsgemeinschaften – so auch die Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre, aus der dann einer der Freiburger Kreise, die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath, hervorging – kriegsbedingt längst stillgelegt worden war – nicht zuletzt nach der Proklamation des totalen Krieges am 18. Februar 1943.

Die lange Lebensdauer der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik indiziert, dass sie sich nicht dazu eignet, direkt in die Geschichte der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 eingereiht zu werden – genauso wenig wie die Akademie für Deutsches Recht ganz allgemein. In der Historiographie wird die Akademie für Deutsches Recht einerseits als von den Verschwörern »unterwandert«, als

29 SCHMÖLDERS, *Personalistischer Sozialismus* (wie Anm. 12), S. 38f.; Franz BÖHM, *Freiburger Schule und Nationalsozialismus*, in: FAZ, 24. Mai 1955.

30 Walter EUCKEN, *Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung*, in: SCHMÖLDERS, *Wettbewerb* (wie Anm. 24), S. 29ff.

31 Vgl. insbes. den Beitrag von Jens JESSEN, *Der gerechte Preis als allgemeines Problem der Gegenwart*, in: *Der gerechte Preis*, Berlin 1940, S. 7–21, sowie seinen Beitrag »Währungspolitik und Preispolitik«, in: *Deutsche Geldpolitik*, Berlin 1941, S. 271–294.

32 Vgl. dagegen BÖHM, *Freiburger Schule* (wie Anm. 29).

»Hort der Opposition« dargestellt, andererseits in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt. So sieht Ludolf Herbst gerade die 1940 ins Leben gerufene Klasse IV unter Jens Jessen im Kontext der nach dem Sieg über Frankreich einsetzenden offiziellen Neuordnungsplanungen und daher eher als Beispiel der Kooperation mit dem Regime.³³ Tatsächlich aber war die Akademie für Deutsches Recht – trotz ihrer originären Aufgabe der Nazifizierung des deutschen Rechts – ein Forum für Wissenschaftler, das exzellente Arbeitsbedingungen bot und durch die Verbindung mit offiziellen Stellen Einflussmöglichkeiten eröffnete. Ausdrücklich sollten die Arbeitsbedingungen der Akademie den Ansprüchen wissenschaftlichen Arbeitens genügen. Insbesondere die unter Jens Jessen stehende Klasse IV entwickelte sich zu einem Forum aller der Professoren, die darum bemüht waren, eine seriöse Wissenschaftskultur im herkömmlichen Sinne zu erhalten. Völkisch oder rassistisch gefärbte Aufsätze sucht man in den Publikationen der Akademie zum größten Teil vergebens. Die Akademie bot Raum für fachwissenschaftliche, von politischen Maximen weitgehend unbeeinflusste Diskussionen, in denen auch Kritik an der verfolgten Politik offen geäußert wurde.³⁴ In diesem Kontext steht auch die erwähnte Tagung der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik, in deren Rahmen Peter Graf Yorck von Wartenburg das Referat hielt, das seine Beeinflussung durch die Leistungswettbewerbstheorie offen legt. Hervorzuheben ist dabei, dass Yorck nicht als Gast an dieser Tagung teilnahm, sondern als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik, in der er mindestens bis zum Ausscheiden aus seiner Funktion beim Reichskommissar für die Preisbildung im April 1942 aktiv war.³⁵

Die eigentliche Bedeutung dieser Tagung der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik erschließt sich bei genauerer Betrachtung der Teilnehmer dieser Veranstaltung. Danach stellte die Tagung im November 1941 eine Art temporäres Forum für Vertreter unterschiedlicher Oppositionsgruppen dar. Vonseiten der Freiburger Kreise waren Adolf Lampe, Walter Eucken und Franz Böhm vertreten, der teilnehmende Klassensekretär Jens Jessen gehörte zum Kreis um Johannes Popitz, Günter Schmolders und Yorck zum Kreisauer Kreis. Bedeutsam ist, dass mit Eucken, Leonard Miksch und Franz Böhm gleich drei Herausgeber bzw. Autoren der Mitte der 30er Jahre die Leistungswettbewerbstheorie propagierenden Schriftenreihe »Ordnung der Wirtschaft« zu der Tagung hinzugezogen wurden, die gar nicht Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik waren. Darüber hinaus war Böhm zu diesem Zeitpunkt aufgrund

33 HERBST (wie Anm.28), S. 148, S. 127ff.

34 RÜTHER (wie Anm. 7), S. 129ff.

35 Darüber hinaus war Yorck innerhalb der Akademie für Deutsches Recht auch Mitglied des Ausschusses über die Reform des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums (vgl. EBD., S. 393f.).

eines einer Denunziation nachfolgenden Dienststrafverfahrens wegen antinationalsozialistischer Äußerungen bereits seit drei Jahren als Hochschullehrer aus dem Dienst entlassen.

Ob die Teilnehmer der Tagung vom November 1941 über die jeweilige oppositionelle Tätigkeit zu diesem Zeitpunkt informiert waren, lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Diese Frage ist auch nicht entscheidend. Von Bedeutung für die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Pläne nicht nur innerhalb des Kreisauer Kreises, sondern auch der anderen Gruppierungen der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 ist die Akademie für Deutsches Recht, weil sie aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen eine geeignete Plattform bot, auf der die Freiburger Nationalökonominnen ihre wirtschaftsordnungspolitischen Ideen vorstellen konnten – und dies vor einem Publikum, in dem einige Persönlichkeiten der engeren Verschwörung vertreten waren. Dadurch konnten ihre Vorstellungen in die Widerstandsbewegung gleichsam hineindiffundieren.

Außerdem wirkte die Akademie als Art »Kontaktbörse«. Dokumentiert ist, dass durch die gemeinsame Tätigkeit in der Akademie ein Kontakt zwischen Lampe und Yorck geknüpft wurde, die beide der Arbeitsgemeinschaft Preispolitik angehörten. Sie standen über die gemeinsamen Arbeitssitzungen hinaus in Verbindung, wie ein Schreiben Yorcks an Lampe von 1941 belegt.³⁶ Zwischen ihnen bestand vor allem ein fachwissenschaftlicher Austausch. Lampe übersandte Yorck seine »Allgemeine Wehrwirtschaftslehre«, dieser ihm Informationen der Behörde des Reichspreiskommissars. Durch die Akademie wurde auch eine weitere Verbindungslinie der Freiburger zum Kreisauer Kreis gefestigt, nämlich die zwischen von Dietze, der der Arbeitsgemeinschaft Agrarpolitik der Akademie angehörte, und Yorck, die sich aus der Tätigkeit Yorcks beim Preiskommissar kannten. Von Dietze wurde in der Folge zu agrarpolitischen Beratungen des Kreisauer Kreises hinzugezogen, Lampe hielt Yorck über die Beratungen in der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath auf dem Laufenden.³⁷

Außer der als »Kontaktbörse« wirkenden Akademie für Deutsches Recht ist ein weiteres Forum außerhalb der Opposition auszumachen, das für die Entwicklung des wirtschaftspolitischen Programms innerhalb der Widerstandsbewegung, auch innerhalb des Kreisauer Kreises, bedeutsam wurde und außerdem mit der Akademie für Deutsches Recht, vor allem der genannten Arbeitsgemeinschaft Preispolitik, verzahnt war: das Reichspreiskommissariat. Es bildet als Institution eine eigentümliche Schnittstelle zur Opposition.³⁸ Auffällig ist, dass nicht nur Carl Friedrich Goerdeler zweimal dieses Amt ausübte,

³⁶ Yorck an Lampe, 5.4.1941 (ACDP 01-256-046).

³⁷ RÜTHER (wie Anm. 7), S. 134f.

³⁸ EBD., S. 272ff.

sondern dass die dann unter dem neuen Preiskommissar Josef Wagner wesentlich größere Behörde zu einem Sammelbecken von Oppositionellen wurde. An erster Stelle zu nennen: Peter Graf Yorck von Wartenburg, der 1936 mit dem neuen Preiskommissar als einer der ersten Beamten aus Breslau nach Berlin kam und bis zur Entlassung Wagners Grundsatzangelegenheiten bearbeitete. Außerdem: der Wirtschaftswissenschaftler Günter Schmölders, der nicht nur zum Kreisauer Kreis hinzugezogen wurde, sondern auch später zur Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath, Hans Berger, der in Berlin zum Kreis um Bernhard Letterhaus gehörte, sowie der dem Solf-Kreis angehörende Industrielle Nikolaus Graf von Uexküll-Gyllenbrand. Ein früherer Mitarbeiter der Behörde berichtete, dass die fast apolitische Arbeitsatmosphäre und die politische Großzügigkeit in der Personalpolitik des Preiskommissars zu einem Andrang von politisch nicht-angepassten, hochqualifizierten Verwaltungsmitarbeitern und Hochschuldozenten führten, die aus politischen Gründen auf Nebengleise abgeschoben worden waren oder die sich aus politisch unbequemen Positionen lösen wollten.³⁹

Obwohl sich im Vergleich zur Amtszeit Goerdelers die Richtung der Tätigkeit des Reichspreiskommissars im Rahmen des Vierjahresplans hin zu einem größeren Wirtschaftsdirigismus entwickelt hatte – greifbar bereits im Wandel der Amtsbezeichnung: statt »Reichskommissar für die Preisüberwachung« hieß es nun »Reichskommissar für Preisbildung« – trat innerhalb der Behörde eine Fraktion immer deutlicher in Erscheinung, die sich bemühte, eine Preispolitik im Sinne der Marktgesetze zu betreiben. Hervor trat besonders Günter Schmölders, der zwar zunächst mit der Politik des New Deal sympathisiert hatte, sich dann aber in seiner Arbeit ganz auf die Publikationen der Freiburger Nationalökonomien stützte.⁴⁰

Peter Graf Yorck von Wartenburg war durch seine berufliche Tätigkeit beim Reichspreiskommissar wie durch seine Mitgliedschaft in der Akademie für Deutsches Recht, die geradezu als oppositionelle Foren außerhalb der Verschwörung fungierten, in vielfacher Weise direkt und indirekt mit den Nationalökonomien der Freiburger Kreise und ihren spezifischen Vorstellungen von einer Leistungswettbewerbsordnung in Berührung gekommen. In diesem Kontext steht die weitgehende Konvergenz seiner Auffassungen mit denen der Freiburger. Damit lagen frühe Weichenstellungen vor, die Einfluss auf die Richtung des Meinungsbildungsprozesses hinsichtlich der Vorstellungen zur künftigen Wirtschaftsordnung innerhalb des Kreisauer Kreises hatten. Mit Yorck waren die Auffassungen der Freiburger Nationalökonomien schon frühzeitig an prominenter Stelle im Kreisauer Kreis vertreten.

39 Hans DICHGANS, *Zur Geschichte des Reichskommissars für die Preisbildung*, Düsseldorf 1977, S. 19ff.

40 RÜTHER (wie Anm. 7), S. 277f.

Die Entwicklung des wirtschaftsordnungspolitischen Programms

Yorck stand durchaus nicht im Schatten seines Freundes Schmölders, sondern spielte eine aktive Rolle in der Entwicklung des wirtschaftspolitischen Programms des Kreises. Dabei stimmten seine Auffassungen weitgehend mit denen des Wirtschaftswissenschaftlers überein. Für die Ausgangssituation vor der systematischen Erarbeitung des Wirtschaftsprogramms innerhalb des Kreises bedeutet dies: Gegenüber der nach bisheriger Kenntnis einseitigen Gewichtung im inneren Kreis hin zur Seite Moltkes und Einsiedels ist durch Yorcks selbständige Rolle von einer Konstellation auszugehen, die durch eine austarierte Ausgangslage gekennzeichnet war. Von Signifikanz ist diese Feststellung, als sie die schließlich am Ende der Erörterungen getroffene Wahl der Wirtschaftsordnung plausibel zu machen vermag.

Der Weg zu diesem Votum war nicht durch eine deutliche Polarisierung der Positionen in der Frage der Wirtschaftsordnung und -politik gekennzeichnet. Es standen sich keineswegs auf der einen Seite als Befürworter der Planwirtschaft Moltke, Einsiedel und Trotha – mit sympathisierender Unterstützung der Sozialisten – und auf der anderen Seite die Verfechter einer Art sozialen Marktwirtschaft unter Führung von Yorck und Schmölders mit Unterstützung der Katholiken unversöhnlich gegenüber. Auch die Kennzeichnung der Auffassungen Yorcks und Schmölders' mit dem Etikett des »personalen« oder »personalistischen Sozialismus« erweist sich als problematisch. Sie geht allein auf Schmölders' retrospektive Darstellung zurück und ist weder bei ihm noch bei Yorck in zeitgenössischen Dokumenten nachweisbar. Vielmehr wurde die Formel von den Jesuiten für das sozialpolitische Programm in den Kreisauer Kreis eingebracht.

Die von Beginn an gegebene Gemeinsamkeit der Wirtschaftsfachleute bestand in der Basis des dominant durch die Weltwirtschaftskrise geprägten Erfahrungshorizonts. Auch die im Kreisauer Kreis vertretenen Auffassungen blieben dem Diskurs dieser Jahre verpflichtet. Dessen hervorstechendes Merkmal war eine semantische Verwirrung, die schon Zeitgenossen beklagten. »Planwirtschaft« war in diesem Kontext keineswegs ein klarer Gegenbegriff zu »freier Wirtschaft« oder »Marktwirtschaft«. Die unter dem Etikett der »Planwirtschaft« firmierenden Gegenmodelle zum als gescheitert betrachteten kapitalistischen System strebten fast ausnahmslos nicht dem Modell einer staatlich geführten Wirtschaft nach sowjetischem Vorbild zu, sondern ließen weiterhin Raum für Wettbewerb. Trotz des Abgesangs, der allenthalben auf den Kapitalismus gehalten wurde, wollten die dagegen entwickelten Alternativen keineswegs auf das Konkurrenzprinzip verzichten. Auch die katholische Soziallehre wandte sich nicht gänzlich vom Kapitalismus ab, wie die Enzyklika *Quadragesimo anno* zeigt, die ausdrücklich den Wettbewerb bejahte. Auf der Seite der Verteidiger des marktwirtschaftlichen Systems verwischten sich

ebenfalls die Konturen und wurden Rufe nach einer stärkeren Verantwortung des Staates (allerdings nur eines »starken Staates«) für die Wirtschaftsordnung laut und, damit einhergehend, nach gezielten Interventionen des Staates, wenn auch im »liberalen« Sinne. Einigkeit herrschte über fast alle nationalökonomischen Schulen und Richtungen hinweg in einem: der Ablehnung des Liberalismus, vor allem des politischen.

In den wirtschaftspolitischen Erörterungen des Kreisauer Kreises lebte die Debatte der 30er Jahre gleichsam nochmals auf. Auch hier war von vornherein eine gewisse Nähe der Auffassungen gegeben, die den Weg der Konsensfindung erleichterte. Allerdings entwickelten die Kreisauer keine ganz neue Lösung, sondern griffen schließlich auf die Leistungswettbewerbsordnung zurück, die sich als Modell eines »Dritten Weges« empfahl.

Die Phase der Vorklärung 1940

Der genaue Verlauf der innerhalb des Kreisauer Kreises geführten Gespräche über das Thema »Wirtschaft« ist, was die Abfolge und die Häufigkeit der Treffen Einzelner bzw. der Kleinstgruppen anbelangt, nicht mehr bis ins Detail zu rekonstruieren. Gleichwohl lässt sich anhand der überlieferten Dokumente die Genese des wirtschaftspolitischen Programms der Kreisauer in ihren großen Linien nachzeichnen. Eine wichtige Weichenstellung lieferten die grundlegenden Gespräche, die Moltke 1940 vor allem mit Einsiedel führte. In dieser Phase der Vorklärung zeigte sich, dass Moltke keineswegs ein überzeugter Anhänger der »Planwirtschaft« war. Gleich zu Beginn seines Briefes an Einsiedel, der die schriftliche Grundlagendiskussion einleitete, verliet er seiner Besorgnis Ausdruck, »dass die Gefahr besteht, dass eine geplante Wirtschaft eine Stellung im Menschenleben einnehmen kann, die alle Nachteile eines vergotteten Staates hat.«⁴¹ Dass Moltkes Überlegungen um eine »geplante Wirtschaft« kreisten, lag weniger in einer weltanschaulichen Position begründet als in einer pragmatischen Haltung, die sich aus seiner Situationsanalyse ergab. Schon in einem frühen Aufsatz forderte er keineswegs die Stärkung der staatlichen Wirtschaftslenkung, sondern kam aufgrund der Betrachtung der gegebenen Situation nach dem Ersten Weltkrieg zu dem Ergebnis: »We cannot return to Laissez faire. Probably never again in Germany will economic life be free.«⁴²

41 Moltke an Einsiedel, 16.6.1940, in: ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 478.

42 Helmuth von MOLTKE, *Youth looks in, and out*, in: *The Survey*, Vol. LXI (Oct. 1928/March 1929, S. 555f., 624, 628), in: ROON, *von Moltke* (wie Anm. 19), S. 71; vgl. dazu WINTERHAGER, *Kreisauer Kreis* (wie Anm. 12), S. 19, der aus Moltkes Ausführungen die Forderung nach einer stärkeren staatlichen Wirtschaftslenkung herausliest.

In Moltkes Brief an Einsiedel manifestierten sich die Grundkonstanten, über die über alle Differenzen hinweg Einigkeit in der wirtschaftsordnungspolitischen Debatte bestand: der Mensch stand im Zentrum der Überlegungen. Es ging nicht um die Wirksamkeit von »Naturgesetzen« wie bei Goerdeler oder um die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus wie bei den Freiburgern, vielmehr wurde die dienende Rolle der Wirtschaft festgeschrieben. Dieser personalistische Ansatz der Kreisauer war von Beginn an verbunden mit dem Gerechtigkeitspostulat. So formulierte Moltke den Grundsatz: »Das höchste Ziel der wirtschaftlichen Betätigung ... kann nur sein, der Befriedigung der Sinne ... zu dienen, ohne dafür mit der Forderung des Herzens nach Gerechtigkeit in Konflikt zu geraten und damit ohne den Einzelmenschen in seiner Freiheit so zu beengen, dass er nicht imstande ist, Körper, Geist und Verstand frei und voll zu entwickeln.«⁴³ Moltke setzte jedoch nicht die Freiheit des Einzelnen absolut, sondern bezog sie auf die Gemeinschaft.⁴⁴ Implizit ist so in seinen Grundsätzen neben dem Recht auf Arbeit auch die Pflicht zur Arbeit enthalten.⁴⁵

Die Denkschrift »Über die Grundlagen der Staatslehre«, die die Ergebnisse der Vorgespräche von 1940 zusammenfasste, wich nicht von Moltkes Auffassungen ab, mit denen er in die Diskussion hineingegangen war. Die oftmals zitierte Wendung »Der Staat ist der unbeschränkte Herr der Wirtschaft« kann nicht als Ausdruck einer spezifisch »staatssozialistischen« Auffassung gewertet werden,⁴⁶ sondern ist im zeitgenössischen Kontext der Neigung zu sehen, dem Staat eine besondere Verantwortung für die Wirtschaft zuzuweisen, um auf diese Weise Einflüsse von »Interessenten« auszuschalten. Diese Position stand, wie der Vergleich mit Böhms Beitrag zur Schriftenreihe »Ordnung der Wirtschaft« evident macht, sogar ganz im Einklang mit der Leistungswettbewerbstheorie, hieß es doch dort ganz ähnlich: »Das wichtigste Erfordernis jeder Wirtschaftsordnung, die diesen Namen verdient, ist, dass die politische Führung Herr der Gesamtwirtschaft im ganzen wie in ihren Teilen sein muss; es ist notwendig, dass die staatliche Wirtschaftspolitik das wirtschaftliche Geschehen geistig und machtmäßig in den Griff bekommt.«⁴⁷ Moltkes Formulie-

43 Moltke an Einsiedel, 16.6.1940, in: ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 479.

44 S.a. die spätere Denkschrift von Helmuth von MOLTKE »*Ausgangslage, Ziele und Aufgaben*« (EBD., S. 507–517), in der klargestellt wurde, »Freiheit ist das Gegenstück der Gebundenheit; beide gehören zusammen. Freiheit ist der Probierstein der Bindung, und die Gebundenheit ist ein Teil der Freiheit.« (EBD., S. 510).

45 Moltke an Einsiedel (EBD., S. 478).

46 Helmuth von MOLTKE, *Über die Grundlagen der Staatslehre* (EBD., S. 501); vgl. gegen die hier vertretene Auffassung: WINTERHAGER, *Kreisauer Kreis* (wie Anm. 12), S. 105f., und Schmölders (Schmölders an Ger van Roon, 7.1.1970, IfZ ZS/A–18/7).

47 Franz BÖHM, *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung* (Ordnung der Wirtschaft, H. 1), Stuttgart/Berlin 1937, S. 10 (Hervorhebung im Original).

rung stellte also nicht schon die Weisung in eine bestimmte Richtung der Entscheidung für eine Wirtschaftsordnung dar, wie auch der Nachsatz der zitierten Wendung zeigt: »... ob zur Erreichung der wirtschaftlichen Zwecke der Weg der wirtschaftlichen Freiheit oder der wirtschaftlichen Gebundenheit gewählt werden soll, ist keine grundsätzliche, sondern eine Zweckmäßighkeitsfrage.« Wichtig ist Moltke allein, dass die Wirtschaftsordnung die umrissenen Aufgaben zu erfüllen vermag, nämlich durch die Verteilung des wirtschaftlichen Ergebnisses die Sicherung der Existenzgrundlage der Menschen zu garantieren, ungerechte Verteilung und Machtmissbrauch zu verhindern, nichtwirtschaftliche staatliche Zwecke wie Erziehungs- und Dezentralisierungsziele zu fördern und Mittel für »alle höheren Zwecke« bereitzustellen. Diese in den »Grundlagen der Staatslehre« fixierte Grundposition bedeutete also eine generelle Offenheit gegenüber der zu diesem Zeitpunkt noch zu erarbeitenden Lösung der Wirtschaftsordnungsfrage und legte gleichsam die Messlatte fest, die an die potentiellen Lösungen angelegt werden würden.

Diskussionen in Arbeitsgruppen 1941

Nach dieser allgemeinen Grundlegung fand im Jahr 1941 eine Vielzahl von Zusammenkünften in kleineren Arbeitsgruppen statt. Moltke zog neben Einsiedel nun auch Carl Dietrich von Trotha hinzu. Ende September 1941 berichtete er seiner Frau von einem Treffen mit Trotha, bei dem beide in den behandelten wirtschaftspolitischen Fragen »weitgehend verschiedener Meinung« gewesen seien.⁴⁸ Yorck suchte seinerseits das Gespräch mit anderen Fachleuten. Er zog u. a. den Bankier Hermann Josef Abs hinzu, der den Kreis zu währungspolitischen Fragen beriet, jedoch an der Peripherie blieb. Über diese Besprechungen im kleinsten Kreis hinaus fand im Sommer 1941 in Klein-Oels, auf dem Gut der Yorcks südöstlich von Breslau, ein Treffen zur Besprechung von Wirtschaftsproblemen statt, an dem neben Moltke und Yorck sowie den Gräfinnen auch Schmölders und von Borsig teilnahmen. Während dieser und einer weiteren kleinen Zusammenkunft wurde eine (nicht mehr vorhandene) Ausarbeitung von Schmölders besprochen.⁴⁹

Ergebnis dieser Phase der Besprechungen war die Denkschrift Moltkes »Ausgangslage, Ziele und Aufgaben«, die eine Grundlage für das Sachverständigenverfahren bildete.⁵⁰ Denn sie warf über eine allgemeine Positions-

48 Moltke an Freya, 27.9.41, in: MOLTKE, *Briefe* (wie Anm. 3), S. 293.

49 ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 248, Anm. 3.

50 MOLTKE, *Ausgangslage* (wie Anm. 44). Anders als ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 507–517, wo die Denkschrift datiert wurde mit dem 24.4.1941, liest Beate Ruhm von Oppen nach Rücksprache mit Freya von Moltke aus der handschriftlichen Datumsangabe eher den 24.8.1941 heraus (MOLTKE, *Briefe* (wie Anm. 3), S. 277 Anm. 1), was die bei van Roon publizierte Fassung zur letzten der drei bekannten machen würde.

bestimmung hinaus Fragen und Anregungen auf, die als Orientierung für die weitere Arbeit dienen konnten. In dieser Denkschrift wurde von einer Lage bei Kriegsende ausgegangen, die – ganz im Einklang mit der starken europäischen Orientierung des Kreises – dadurch gekennzeichnet war, dass aus der europäischen Demobilmachung eine große Gemeinwirtschaftsorganisation entstanden sei, die durch eine intereuropäische Wirtschaftsbürokratie und durch wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper geleitet werde. Dabei sollte die Wirtschaftspolitik der übrigen Innenpolitik »unzweideutig untergeordnet« sein.⁵¹ In Aussicht genommen wurde darüber hinaus die weitere Einengung der »nichtfunktionellen Rechte an allen Produktionsmitteln«, mit anderen Worten die Sozialisierung, wie auch eine Notiz Yorcks konkretisierte.⁵² Festgehalten wurde hier weiterhin an dem Begriff der Planwirtschaft. So erschien in der Liste der Aufgaben die Formulierung »Schaffung gesamteuropäischer Planwirtschaftsbehörden«.⁵³

Die Tendenz innerhalb der wirtschaftspolitischen Erörterungen ging jedoch dahin, von dem Begriff der Planwirtschaft abzurücken, wie ein in zwei Fassungen erhaltenes Schriftstück evident macht, das die von Moltke in der Denkschrift »Ausgangslage, Ziele und Aufgaben« aufgeworfenen Fragen weiter konkretisierte. In Anlehnung an den Titel der Aufgabenstellung in der Fassung der Denkschrift vom 20. Juni 1941, »Wirtschaftsverwaltung einschließlich Planwirtschaft für den gesamten Raum einschließlich Schutzgebiet und Kolonien«, wählten die Verfasser als Titel des Schriftstückes »Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung für den gesamten Raum, einschließlich Schutzgebiete und Kolonien«.⁵⁴ In dem Dokument, dessen zweite Fassung das Datum des 25. Juli 1941 trägt, werden detailliert Fragen zu den Zielen der Wirtschaft (u. a. zur Standortfrage, zum sachlichen Produktionsprogramm und zu gesellschaftlichen Einflüssen der modernen Industriegewirtschaft) formuliert, zum Verhältnis des Einzelnen zur Wirtschaft (u. a. mit den Themen der Frage des Rechts auf Arbeit, der Eigentumsfrage und der Frage der Garantie eines Existenzminimums), zur Wirtschaftspolitik und zur Organisation der Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung.⁵⁵

51 MOLTKE, *Ausgangslage* (wie Anm. 44), S. 512.

52 EBD., S. 513, Anm. 1.

53 EBD., S. 517.

54 Fassung der Denkschrift »*Ausgangslage, Ziele und Aufgaben*« vom 20.6.41, in: ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 520; die zweite Fassung des im privaten Nachlass von von der Gablentz erst später wieder aufgefundenen Schriftstückes ist publiziert in: WINTERHAGER, *Kreisauer Kreis* (wie Anm. 12), S. 217–222. Von wem das Dokument verfasst wurde, ist nicht mehr zweifelsfrei zu klären. Von der Gablentz vermutete Einsiedel als Verfasser der 1. Fassung. Deutlich sind Einflüsse von Schmolders in der zweiten Fassung nachweisbar (s. dazu auch das Schreiben von Schmolders an van Roon, 7.1.1970).

55 So die 2. Fassung des Schriftstückes »*Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung für den gesamten Raum, einschließlich Schutzgebiete und Kolonien*«.

Während die genannten Dokumente den Eindruck vermitteln, dass die Wirtschaftsdebatte im Kreisauer Kreis bis Mitte 1941 substantiell noch nicht sehr weit über eine grundlegende Weichenstellung hinausgekommen war, liefert ein bislang noch nicht berücksichtigtes Schriftstück aus der Sammlung van Roons einen interessanten Einblick in die damals innerhalb des »Freundeskreises« ventilierten Vorstellungen. Es handelt sich um ein ursprünglich aus dem Bestand »Post War Aims« des Genfer Archivs des Weltkirchentags stammendes achtseitiges maschinenschriftliches Dokument mit dem Titel »Germany, Democracy, and the Post-War World«, das im Juni 1941 in der Schweiz verfasst wurde und vermutlich von dem mit Moltke befreundeten Rechtsanwalt Eduard Waetjen stammt, der im Krieg in der Abwehr tätig war, meistens in der Schweiz, wo er Kontakte unterhielt zu Allen Welsh Dulles und der amerikanischen »Abwehr«, dem Office for Strategic Services (O.S.S.).⁵⁶ Waetjen, dessen Anwaltsbüro sich Moltke zu Beginn des Jahres 1940 angeschlossen hatte, gehörte, wie auch Moltkes Briefe deutlich machen, gerade in der Anfangsphase der Wirtschaftsdebatte zu den am häufigsten hinzugezogenen Gesprächspartnern.⁵⁷

Adressat des Textes, der deutliche Anklänge an Moltkes Gedankengänge aufweist, sind die Christen in Amerika, denen bestimmte Aspekte der europäischen Situation verdeutlicht werden sollen. Die Botschaft lautet: »There is little prospect that people in Europe will return to an individualistic concept of society, and any planning for the future which is based on this concept will prove to be an illusion.«⁵⁸ Konkret bezog sich diese Prognose auf die kommende Situation eines Friedensschlusses und die Erwartung der Amerikaner, dass die zukünftige internationale Ordnung auf der Demokratie basieren müsse. Dagegen bemühte sich der Autor zu verdeutlichen, dass dies nicht machbar sei. In breiten Gebieten des europäischen Kontinents verzeichnete der Verfasser eine wachsende Abneigung gegen die parlamentarische Demokratie und er zeigte sich überzeugt: »I am certain that parliamentary democracy would not work in Germany«. Zum einen sei die parlamentarische Demokratie »inacceptable to the character of the German nation«, da die Deutschen sich nach organischen Formen des gesellschaftlichen Lebens sehnten, die in einem repräsentativen System, das auf Parteien, Volk und Wahlen beruhe, keinen Platz zu haben scheine. Zum anderen existierten die spirituellen und ökonomischen Voraussetzungen nicht in Deutschland.⁵⁹ In der Annahme einer Interdepen-

56 IfZ ZS/A–18/16. Zu Waetjen s. die Angaben in: MOLTKE, *Briefe* (wie Anm. 3), S. 80 Anm. 1.

57 EBD., S. 98 Anm. 2.

58 O.V. [Eduard WAETJEN], *Germany, Democracy, and the Post-War World*, June 1941, Switzerland, S. 1.

59 EBD., S. 3.

denz von Demokratie und liberalem Kapitalismus kam der Verfasser zu dem Urteil, dass auch Letzterer in Deutschland keine Zukunft habe: »Parliamentary democracy and liberal capitalism are twins. They are so intertwined spiritually and materially that the one stands and falls with the other.«⁶⁰ Für Deutschland sei die Zeit der ökonomischen Freiheit, zumindest in Form der kapitalistischen Freiheit, vorbei. Ähnlich wie Moltke betrachtete er die Wahl einer Art Planwirtschaft als zwangsläufig. Allerdings lag den Ausführungen wie im Falle der Kreisauer ein Verständnis von Planwirtschaft zugrunde, das indirekte Wege der staatlichen Einflussnahme auf die Wirtschaft präferierte. Sowohl in Bezug auf die aufzubauenden »living entities of an organic social order« wie bezüglich der Wirtschaft sprach der Autor von der Schaffung eines arbeitsfähigen Rahmens (»workable framework«) durch den Staat.⁶¹

Ergebnisse des Sachverständigenverfahrens 1942

Innerhalb des engeren Kreisauer Kreises waren die Vorbesprechungen erst Ende November 1941 so weit abgeschlossen, dass die Überlegungen in eine schriftliche Form gegossen werden konnten. Moltke sprach davon, sie seien so weit vorgedrungen, dass es ihnen möglich sei, zu schriftlichen Fixierungen zu gelangen, »um dann«, wie er weiter ausführte, »die Beteiligten auf die Themen einzufuchsen.«⁶² Mit ihren Vorarbeiten zum Thema »Wirtschaft« waren die Kreisauer zu Beginn des Jahres 1942 offenbar noch nicht so weit gediehen, dass sie es auf die Tagesordnung der ersten Kreisauer Tagung vom 22. bis 25. Mai 1942 hätten setzen können, bei der schließlich das Verhältnis von Staat und Kirche in einem nach-nationalsozialistischen Deutschland sowie Bildungsfragen thematisiert wurden. Gleichwohl liefen die Diskussionen über Wirtschaftsfragen auf Hochtouren, und es war ursprünglich geplant, auf dieser Tagung auch die Wirtschaftsordnung und -politik zur Diskussion zu stellen. Darauf deuten Vorbereitungsgespräche hin, die im Vorfeld der Tagung vom 3. bis zum 6. April 1942 stattfanden. Daran beteiligt war auch der gerade erst zum Kreis hinzugezogene Pater Rösch.⁶³ Überliefert ist ein Text mit der Überschrift »Grundlage für die Besprechung vom 3. bis 6. April 1942«, der durch fast wörtliche Übereinstimmungen einen deutlichen Bezug zur späteren Denkschrift Einsiedels und Trothas aufweist.⁶⁴ Aus diesem Besprechungspapier

60 EBD., S. 5.

61 EBD., S. 7.

62 Moltke an Freya, 27.11.41, in: MOLTKE, *Briefe* (wie Anm. 3), S. 329.

63 Dies geht daraus hervor, dass sich auf der letzten Seite des Schreibmaschinendurchschlags der schriftlichen Beratungsgrundlage (s. u.) Notizen von ihm befinden. Vgl. Roman BLEI-STEIN (Hg.), *Dossier: Kreisauer Kreis. Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Aus dem Nachlass von Lothar König S.J.*, Frankfurt/M. 1987, S. 84.

64 Gedruckt EBD., S. 84–88.

geht klar hervor, dass die, wie angemerkt wurde, bislang nicht gelöste Frage der »rechten Wirtschaftsordnung« für besonders bedeutsam gehalten wurde, hieß es doch dort: »Die Frage der Wirtschaftsgestaltung ist vordringlich, wenn nicht alle Ordnung in Frage gestellt werden soll ...«. Außerdem wurde prognostiziert, ohne die Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben werde es keine Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse und keinen Frieden geben.⁶⁵ Dass dies auch gerade von der katholischen Seite aus so gesehen wurde, bestätigt ein Brief Moltkes vom Mai 1942, in dem er ein Treffen mit Einsiedel, Trotha und König erwähnt, bei dem Letzterer in die Kreisauer Vorstellungen eingeweiht (>eingefuchst<) wurde, da, wie Moltke bemerkte, »eine der Hauptfragen aus Rom war: ›Was kann man zur Frage der Wirtschaftsordnung sagen?«⁶⁶ Im Juli 1942 berichtete Moltke dann, er beabsichtige, Trotha und Einsiedel »einen gemeinschaftlichen Auftrag« zu geben, deren Durchführung sich nach Besprechungen mit Mierendorff »und Konsorten« als notwendig erwiesen habe.⁶⁷ Gemeint war offensichtlich die Wirtschaftsdenkschrift Einsiedels und Trothas »Die Gestaltungsaufgaben in der Wirtschaft«.⁶⁸ Noch vor ihrer Fertigstellung war für den 19. Juli 1942 eine Besprechung im kleinen Kreis in Behnitz geplant, an dem Einsiedel und Trotha sowie Yorck und Schmölders teilnehmen sollten. Moltke begründete das Treffen mit dem Nachsatz »weil wir in der Sache, mit der wir Ostern steckengeblieben sind, für die Oktobertage weiterkommen müssen.«⁶⁹ Die Formulierung spiegelt den Zeitdruck wider, unter dem die Kreisauer an einer Klärung und Einigung in Sachen Wirtschaft arbeiteten. Ende September 1942 scheinen Einsiedel und Trotha ihre Denkschrift fertig gestellt zu haben. Moltke berichtete: »Die beiden scheinen sehr gut und erfolgreich gewirkt und ihre Aufgabe bestens gelöst zu haben.«⁷⁰ Allerdings stellte Moltke kurz vor der Tagung fest, Einsiedel habe ein paar Sachen zu knapp behandelt und das müsse nachgeholt werden, und er berichtete von einem Treffen mit Yorck, das »bitter nötig« gewesen sei, »denn in dieser Frage der Wirtschaftsorganisation reichte die Vorbereitung bisher nicht aus.«⁷¹

65 O.V., Grundlage für die Besprechung, in: EBD., S. 85, S. 86.

66 Moltke an Freya, 9.5.42, in: MOLTKE, *Briefe* (wie Anm. 3), S. 370f.

67 Moltke an Freya, 9.7.42, in: EBD., S. 390.

68 Gedruckt in ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 523–539.

69 Moltke an Freya, 11.7.42, in: MOLTKE, *Briefe* (wie Anm. 3), S. 391f. Zu dem Treffen in Groß-Behnitz, an dem schließlich Moltke, Yorck, Einsiedel, Trotha, Schmölders und von Borsig teilnahmen, s. ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 248.

70 Moltke an Freya, 1.10.42, in: MOLTKE, *Briefe* (wie Anm. 3), S. 415. S.a. den Brief vom 30.9.42, in dem Moltke berichtet, Einsiedel und Trotha hätten »ihre Sache anscheinend sehr gut gemacht« (EBD.).

71 Moltke an Freya, 10.10.42 und 11.10.42 (EBD., S. 420, S. 421).

Die Wirtschaftsdenkschrift Einsiedels und Trothas behandelte die Frage der Wirtschaft umfassend und im gesellschaftlichen Kontext. Dabei knüpften die Verfasser an die Ergebnisse der Vorbesprechung vom April 1942 an und postulierten, dass die Wirtschaft »ein wesentliches *Mittel* zur Erhaltung und auch zur Sinngebung unseres Lebens« sei.⁷² Einsiedel und Trotha gingen vom christlichen Gestaltungsauftrag des Menschen aus und legitimierten damit die Aufgabe, zu wirtschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen, eine Aufgabe, deren Dringlichkeit sie unterstrichen. Die immer noch fehlende »befriedigende Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse« illustrierten sie, indem sie Schlaglichter auf Missstände warfen. Dabei beklagten sie die ausstehende Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, die »*Misshandlung der Natur durch wirtschaftlichen Raubbau*«, die »*Massierung der Menschen in trostlosen Industriequartieren*« und die fehlende echte Arbeitsteilung innerhalb der internationalen Wirtschaft.⁷³ Ähnlich wie teilweise bei den Freiburger Nationalökonominnen und auch bei Goerdeler leuchtete durch Einsiedels und Trothas Vorstellungen die Sehnsucht nach der vermeintlichen Idylle der vorindustriellen Zeit durch, so als sie die Überschaubarkeit der geschlossenen Dorf- und Stadtwirtschaft als Vergleichsmaßstab für die existierende Volks- und Weltwirtschaft verwandten. Für Einsiedel und Trotha ergab sich aus dieser Bestandsaufnahme, dass eine »Wiederherstellung der bisherigen Ungebundenheit der Wirtschaft oder gar eine völlige Ungebundenheit im Sinne extremer liberaler Wirtschaftstheorien ... schlechthin undenkbar« sei. Die Aufgabe der Lenkung der Wirtschaft stand für sie außerhalb jeder Diskussion. Es ging daher nur um die Frage, »welchen Zielen diese Lenkung dienen soll und in welchem Ausmaße sie erforderlich« sei.⁷⁴

Die Ausführungen zu den »Methoden der Wirtschaftslenkung« stimmten mit den Vorstellungen überein, die von sozialdemokratischen Wirtschaftswissenschaftlern in der Zeit der Weltwirtschaftskrise entwickelt wurden, und lagen wie diese auf der Linie der Leistungswettbewerbstheorie. So richteten sich Einsiedel und Trotha nach dem Grundsatz, dass der Staat die Wirtschaft lenken solle, ohne die »Wirksamkeit der Eigenkräfte der Wirtschaft auszuschalten, d. h. ohne die überwiegende Zahl der wirtschaftlichen Vorgänge direkt zu regeln«. Der Staat solle lediglich einen »festen Rahmen« schaffen, »innerhalb dessen sich die wirtschaftlichen Einzelvorgänge reibungslos und zum Wohl des Ganzen vollziehen können«.⁷⁵ Zwar sprachen Einsiedel und Trotha von einem aufzustellenden einheitlichen Wirtschaftsplan, legten aber die Priorität vor allem auf »indirekte Mittel« der Wirtschaftslenkung, darunter neben der

72 EINSIEDEL/TROTHA, *Gestaltungsaufgaben*, in: ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 524.

73 EBD., S. 524.

74 EBD., S. 526f.

75 EBD., S. 529.

Gestaltung der Staatseinnahmen und -ausgaben die staatliche Lohn-, Kredit-, Tarif-, Zoll-, Preis- und Kartellpolitik.⁷⁶ Die Möglichkeit einer Verstaatlichung von Betrieben wie auch die der Auflösung von Konzernen räumten Einsiedel und Trotha nur mit Bauchschmerzen ein. Hier müssten vielfach neue rechtliche Lösungen gefunden werden, meinten sie.⁷⁷ Sie setzten auf die »Eigenkräfte der Wirtschaft« und formulierten klar, dass das Gewinnstreben des selbständigen Unternehmers als »wichtigste Triebkraft der Wirtschaft« durch die Aufrechterhaltung des freien Wettbewerbs, der lediglich durch eine staatliche Kartell- und Monopolaufsicht kontrolliert werden sollte, erhalten bleiben sollte.⁷⁸ Ganz ähnlich wie die Vertreter der Leistungswettbewerbstheorie formulierten Einsiedel und Trotha: »Nur ein starker Staat kann die Wirtschaft lenken.« Dabei sollte aber eine wirtschaftliche Rechtsordnung als Sicherung gegen Willkür dienen.⁷⁹

Wenn auch die von Einsiedel und Trotha konturierte Wirtschaftspolitik eklatante Ähnlichkeiten zur Leistungswettbewerbstheorie aufwies, lag doch ein gravierender Unterschied im Ziel, das entsprechend den Grundkonstanten der Kreisauer Überlegungen wie folgt gefasst wurde: »Das Ziel der Wirtschaft ist der Mensch. Alle Methoden der Wirtschaftslenkung, mögen sie technisch noch so brauchbar sein, tragen ihren Sinn nicht in sich selbst.«⁸⁰ So bestand Klarheit für sie darin, dass der Staat Gefahren wie Arbeitslosigkeit, »Massierung der Industrie« und »Proletarisierung der Geistesarbeiter« ohne Rücksicht auf die Kostenlage« zu verhindern habe.⁸¹ Auch die geforderte Wahrung der wirtschaftlichen Grundrechte der Einzelnen, der Rechte auf Arbeit, Existenzminimum und Eigentum, deren Schutz für sie »ein wichtiger Zweck der Wirtschaftslenkung überhaupt« war, stand im Gegensatz zur Leistungswettbewerbstheorie.⁸² Das Gleiche galt für die Zielrichtung der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft. Während die Leistungswettbewerbstheorie intendierte, den Marktmechanismus zu schützen und gegebenenfalls künstlich zu aktivieren, ging es Einsiedel und Trotha darum, die unberechenbaren Auswirkungen des wirtschaftlichen Kräftespiels durch eine aktive Gestaltung der Wirtschaft zu überwinden.⁸³

76 EBD., S. 530f.

77 EBD., S. 534.

78 EBD., S. 532f.

79 EBD., S. 537.

80 EBD., S. 539.

81 EBD., S. 537.

82 EBD., S. 538.

83 EBD., S. 526, 534.

Auf dem Weg zum Konsens: die zweite Kreisauer Tagung

Das Thema »Wirtschaft« war schließlich Gegenstand der zweiten Kreisauer Tagung vom 16. bis zum 18. Oktober 1942, auf der Einsiedel zum Thema referierte. Außer ihm nahmen an der Zusammenkunft teil: Moltke, Yorck, die Gräfinnen Moltke und Yorck, Irene Yorck, Haubach, Gerstenmaier, Steltzer, Hans Peters, Delp und Maass.⁸⁴ Eigentlich war die zweite Kreisauer Tagung für Ende September 1942 geplant, jedoch liefen die Vorbereitungen nicht wie geplant, sodass Moltke Yorck vorschlug, die Zusammenkünfte zu den Themen Staat und Wirtschaftsaufbau zusammenzulegen und gemeinsam im Oktober zu behandeln.⁸⁵ Das Programm der Tagung erwies sich schließlich als überladen, so dass von dem Beschlusstext »Wirtschaft« nur die Präambel durchgesprochen wurde.⁸⁶

Im Unterschied zur Denkschrift Einsiedels und Trothas legte der Beschlusstext seinen Akzent auf organisatorisch-strukturelle Fragen, sodass sich allenfalls die Präambel aufgrund ihres grundlegenden Charakters auf die Denkschrift »Die Gestaltungsaufgaben in der Wirtschaft« zu beziehen scheint. In ihr wurde die dienende Funktion der Wirtschaft festgeschrieben und als deren Aufgaben bestimmt: die Bedarfsdeckung sowie die Ermöglichung des Wachstums einer Lebensordnung, in der sich der Einzelne und seine Familie entfalten könne. Fixiert wurde außerdem, dass die wirtschaftliche Führung des Reiches über die Einflussnahme auf Märkte und Grundindustrien die Wirtschaftspolitik der Länder zu fördern und für einen »möglichst reibungslosen Ablauf des wirtschaftlichen Prozesses zu sorgen« habe.⁸⁷

Die übrigen knapp gefassten Absätze des Abschlusspapiers thematisierten Bereiche, die Einsiedel und Trotha in ihrer Denkschrift zum größten Teil gar nicht behandelt hatten, wie die Frage der betrieblichen Ordnung, des Aufbaus der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, der staatlichen Wirtschaftsverwaltung und der Gewerkschaften. Um Letztere entbrannte auf der Tagung eine heftige Diskussion. Moltke und Delp traten für Betriebsgewerkschaften ein, was Maass befremdete, denn die Arbeitervertreter gingen von einer zukünftigen deutschen Einheitsgewerkschaft aus.⁸⁸ Moltke indessen hatte aufgrund des stark dezentralistischen Zuges seiner Pläne Schwierigkeiten, sich mit einer solchen Einheitsgewerkschaft abzufinden, wie seine Notizen zum Absatz über die »Deutsche Gewerkschaft« evident machen. Dieser Absatz sollte nach sei-

84 Nach BLEISTEIN (wie Anm. 63), S. 179; vgl. ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 253, der Irene Yorck, Peters und Haubach nicht erwähnt, aber Reichwein als Teilnehmer nennt.

85 Moltke an Freya, 11.9.1942, in: MOLTKE, *Briefe* (wie Anm. 3), S. 404.

86 ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 254; s. a. BLEISTEIN (wie Anm. 63), S. 179.

87 *Beschlusstext Wirtschaft* vom 18.10.1942, in: ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 547f.

88 EBD., S. 254.

nem Willen entweder ganz gestrichen werden oder nur die Aufgabe der Deutschen Gewerkschaft als Mittel zur Durchsetzung des wirtschaftspolitischen Programms und des Staatsaufbaus für eine Übergangszeit fixieren, nach welcher die Aufgaben der Gewerkschaft auf die Organe des Staates und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung übergehen sollten. Den Passus, nach dem der Aufbau der Deutschen Gewerkschaft dem Staats- und Wirtschaftsaufbau angepasst werden sollte, wenn die Aufgaben ihr Weiterbestehen erfordere, wollte Moltke am liebsten streichen.⁸⁹ Wie die schließlich verabschiedeten »Grundsätze für die Neuordnung« vom 9. August 1943 zeigen, die nun sogar betonten, die Deutsche Gewerkschaft sei ein »notwendiges« Mittel zur Durchsetzung des Programms, wurde jedoch an der Kompromissformel festgehalten.⁹⁰

Nicht nur das Gewicht der Gewerkschaftsvertreter im Kreisauer Kreis fand seinen Niederschlag in den Beschlusstexten des Kreises. Der vereinbarte Text »Wirtschaft« der zweiten Kreisauer Tagung legt weitere Einflüsse offen, namentlich von katholischer Seite. Dies betraf einerseits die zuvor in der Denkschrift Einsiedels und Troths nicht enthaltene Garantie eines Existenzminimums, das auch für die Familie des Arbeitnehmers gelten sollte.⁹¹ Es war der als Fachmann in sozialen Fragen hinzugezogene Jesuitenpater Delp, der immer wieder auf die Notwendigkeit der Einführung eines Familienlohns hingewiesen hatte. Damit rekurrierte er ebenso auf die Enzyklika *Quadragesimo anno* wie mit dem Gedanken einer ständischen Ordnung, der allerdings in der Enzyklika keine Konkretisierung erfahren hatte.⁹² Detailliert entwickelte ihn hingegen die Denkschrift Angermaiers »Gedanken zur europäischen Ordnung«. Das dort entworfene berufsständische Kammersystem weist eklatante Ähnlichkeiten zu der im Kreisauer Beschlusstext »Wirtschaft« dargelegten Ordnung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung auf, die von unten nach oben gliedert Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch in Wirtschaftskammern zusammenfasste und an deren Spitze die Reichswirtschaftskammer stehen sollte.⁹³

Auch die im Kreisauer Text enthaltene Bestimmung der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer am Betrieb atmet den Geist der Enzyklika *Quadragesimo anno*, die die »Entproletarisierung des Proletariats« auf ihre Fahne geschrieben hatte. Hier hatte offensichtlich der von Delp hauptsächlich im Kreisauer Kreis vertretene Gedanke der *iustitia socialis* seinen Niederschlag gefunden, der der Enzyklika entstammte. Delp trat darüber hinaus, anders als Angermaier, nicht

89 EBD., S. 550, S. 547 Anm. 1.

90 *Grundsätze für die Neuordnung*, Entwurf vom 9. August 1943 (EBD., S. 567).

91 *Beschlusstext Wirtschaft* (EBD., S. 548).

92 Alfred DELP, *Die Arbeiterfrage – Bauerntum*, o. D. [1942f.], in: BLEISTEIN (wie Anm. 63), S. 120, 122; DERS., o. T. [*Neuordnung*], o. D., EBD., S. 280, 286.

93 Georg ANGERMAIER, *Gedanken zur europäischen Ordnung*, in: EBD., S. 156ff.; *Beschlusstext Wirtschaft*, in: ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 3), S. 549.

mit detaillierten Vorschlägen für eine wirtschaftliche und soziale Neuordnung hervor, sondern beschränkte sich darauf, normative Leitlinien zu umreißen.⁹⁴ Der von ihm formulierte »personale Sozialismus« lieferte kein neues Gedankengebäude, sondern war nichts anderes als der von dem Jesuitenpater Heinrich Pesch begründete Solidarismus⁹⁵, dessen Ideen auch maßgeblich die Enzyklika *Quadragesimo anno* beeinflusst hatten.⁹⁶ Pope nimmt an, dass Delp den Begriff des personalen Sozialismus aus taktischen Gründen verwandt habe, einerseits um dem Verdikt Pius' XI. zu entgehen, der, mit Blick auf die religiösen Sozialisten, in der Enzyklika auch einem gemäßigten Sozialismus eine Absage erteilt hatte, und andererseits, um für den Kreisauer Dialog eine konsensstiftende Formel anzubieten.⁹⁷

Offensichtlich unter dem Einfluss des Walberberger Kreises, der die Zielvorstellung einer Bedarfsdeckungswirtschaft entwickelte,⁹⁸ propagierte Georg Angermaier in seinen ausführlich dargelegten Vorstellungen das Bedarfsdeckungsprinzip, in dem er, wie aus einer späteren Aufzeichnung hervorgeht, gar den Schlüssel zur Lösung der Probleme der modernen Volkswirtschaft sah.⁹⁹ In einer Ausarbeitung für den Kreisauer Kreis proklamierte er die »Deckung des echten Bedarfs« als »Sinn der Wirtschaft«.¹⁰⁰ Weder bei Gundlach, noch bei Pesch taucht dieser Begriff auf, der zu Beginn der 30er Jahre vielfach in der Debatte um Alternativen zum kapitalistischen System verwandt wurde und, nach Sombart, der die Urheberschaft des Begriffs für sich beanspruchte, dem »Schicksal« verfiel, »zum viel missbrauchten Schlagwort zu werden«.¹⁰¹ Im Kreisauer Kreis fand die »Bedarfsdeckungswirtschaft« keinen Anklang. Das Prinzip, gegen das Eucken schon zu Beginn der 30er Jahre opponiert hatte, war grundsätzlich inkompatibel mit einer Wettbewerbswirtschaft.

Als Anhänger der Leistungswettbewerbstheorie musste sich Günter Schmölbers auf den Plan gerufen fühlen. Seine Denkschrift »Wirtschaft und Wirt-

94 S. dazu mit Bezug auf Delps verlorene Schrift »Die dritte Idee« Michael POPE, *Alfred Delp S.J. im Kreisauer Kreis. Die rechts- und sozialphilosophischen Grundlagen in seinen Konzeptionen für eine Neuordnung Deutschlands*, Mainz 1994, S. 121.

95 EBD., S. 203.

96 Maßgeblichen Einfluss hatte Gustav Gundlach S.J. (s. dazu Johannes SCHWARTE, *Gustav Gundlach S.J. 1892–1963*, München 1975, S. 36ff.).

97 POPE (wie Anm. 94), S. 124.

98 Eberhard WELTY, *Die Entscheidung in die Zukunft. Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung im deutschen Lebensraum*, Köln 1946, S. 234, 266.

99 Aufzeichnung Angermaiers vom 6. August 1944, in: Antonia LEUGERS, *Georg Angermaier 1913–1945. Katholischer Jurist zwischen nationalsozialistischem Regime und Kirche. Lebensbild und Tagebücher*, Mainz 1994, S. 326.

100 Angermaier, o.T. [bei Bleistein »Ziele und Vorstellungen des Kreises«; bei Leugers »Neuordnungsplan I«], in: BLEISTEIN (wie Anm. 63), S. 76.

101 Werner SOMBART, *Die Zukunft des Kapitalismus*, (Berlin-Charlottenburg 1932), in: Bernhard vom BROCKE (Hg.), *Sombarts »Moderner Kapitalismus«. Materialien zur Kritik und Rezeption*, München 1987, S. 407.

schaftsführung in einem Europa-Block nach dem Kriege« scheint teilweise zielgerichtet gegen das Bedarfsdeckungsprinzip und gegen die Planwirtschaft zu argumentieren.¹⁰² Als eine Voraussetzung zur Erhaltung und Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität führte Schmölders die volkswirtschaftliche Arbeitsteilung an. Im Kontext der notwendigen, möglichst genauen wechselseitigen Anpassung von Produktion und Bedarf erteilte er der Planwirtschaft eine deutliche Absage. »Diese Anpassung ist grundsätzlich nicht durch behördliche Planung und staatlichen Befehl, sondern nur durch das *System der Marktwirtschaft* und den in ihrem Rahmen entwickelten Leistungswettbewerb gewährleistet ...«¹⁰³ Schmölders verwandte den Begriff des Leistungswettbewerbs nicht unreflektiert, sondern ganz im Sinne der Leistungswettbewerbstheorie. So sprach er nicht nur vom Wettbewerb als einer »staatlich geschützten Auslese-Einrichtung«, sondern entwarf eine Wirtschaftsverfassung für den »Europa-Block«, die alle konstitutiven Bestandteile der Leistungswettbewerbsordnung enthielt¹⁰⁴: Der Staat sollte eine »gesunde Wirtschaftsordnung« schaffen. Dazu gehörte die »Teilung der Märkte« in einen »öffentlich-bewirtschafteten und einen Wettbewerbssektor«, wobei der »verbeamtete« Teil der Volkswirtschaften einer straffen gemeinwirtschaftlichen Führung unterworfen sein sollte, mit scharfer Aufwandskontrolle und Lohn-, Gehalts- und Gewinnbegrenzungen bei gleichzeitiger Freigabe der Verdienst- und Gewinnchancen im »freien« Sektor. Außerdem sollte im öffentlich-bewirtschafteten Teil Leistungswettbewerb »nachgeahmt« werden.¹⁰⁵

In Übereinstimmung mit der Leistungswettbewerbstheorie war die Sozialpolitik für Schmölders kein Thema. Einziger Anklang daran war Schmölders Überlegung, Ungleichheiten des Lohn- und Lebenshaltungsstandes innerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes durch ein lenkendes Eingreifen des Staates via Steuerpolitik, Wohnungspolitik und Raumordnungspolitik zu regulieren.¹⁰⁶ Abweichend von der Auffassung der Freiburger Nationalökonomien bestand jedoch für Schmölders in der Lohn- u. Preisfrage kein Zweifel, dass die verbindliche Festsetzung einer »Lohnordnung« oder Tarifordnung durch die staatliche Wirtschaftsführung notwendig sei, um die Löhne vor den Konsequenzen der freien Wettbewerbsbildung zu schützen. (Charakteristisch für die Leistungswettbewerbstheorie war hier jedoch, dass Gewerkschaften nicht vorkamen.) Außerdem wollte Schmölders den öffentlichen Sektor zur »Auffangstellung« für Arbeitslose machen und sah, im Einklang mit der im Kreisauer

102 Der Titel lehnte sich an die Aufgabenstellung, wie sie in Moltkes Denkschrift *Ausgangslage, Ziele und Aufgaben* formuliert ist, an. Druck der Denkschrift in: SCHMÖLDERS, *Personalistischer Sozialismus* (wie Anm. 12), S. 67–91.

103 EBD., S. 76.

104 EBD., S. 82.

105 EBD., S. 78.

106 EBD., S. 90.

Kreis postulierten Pflicht zur Arbeit, eine Arbeitsdienstpflicht vor für »die mangels hinreichender Leistungsfähigkeit oder Arbeitswilligkeit auch in diesen Berufen gescheiterten Kräfte«. ¹⁰⁷

Schmölders passte seinen auf der Leistungswettbewerbstheorie fußenden Entwurf an die Kreisauer Vorstellungen an. So war Schmölders in seiner Denkschrift sichtlich bemüht, den Kreisauern das Leistungsprinzip als spezifisch personalistischen Gedanken zu empfehlen. Er plädierte dafür, die »Energien des individuellen Erwerbsstrebens« durch »Bejahung und Förderung der lebendigen Kräfte der Persönlichkeit zu beleben. Es gelte, »nicht ›Gemeinnutz‹ oder ›Eigennutz‹, sondern die über den materialistischen Nutzensvorstellungen gelegene Schicht der Persönlichkeit und des sozialen Bewusstseins« zu stärken und »als Urgrund des Leistungswillens nach Kräften zu entwickeln.« ¹⁰⁸

Die Durchsetzung des Leistungswettbewerbs 1942/43

Das Grundsatzpapier »Wirtschaft« ist ein erstes Zeugnis dafür, dass sich das Konzept der Leistungswettbewerbsordnung durchsetzte. Unter den »Grundsätzen des Wirtschaftens« wurde der »geordnete Leistungswettbewerb, der sich im Rahmen staatlicher Wirtschaftsführung vollzieht und hinsichtlich seiner Methoden ständiger staatlicher Aufsicht unterliegt« als »Grundprinzip der Wirtschaft« fixiert. Das entsprach exakt der Leistungswettbewerbstheorie wie auch die folgende Bestimmung, die das Prinzip der Teilung der Märkte und der staatlichen Veranstaltung des Leistungswettbewerbs im öffentlichen Sektor wiedergab: »Wo die vorhandenen Bindungen und Verflechtungen der Wirtschaft (Monopole, Kartelle, Konzerne) einen Leistungswettbewerb ausschließen, ist es Aufgabe der Wirtschaftsführung, die Grundsätze des Leistungswettbewerbs zur Geltung zu bringen und die Interessen der Gesamtheit zu wahren«. Mit der Theorie im Einklang stand darüber hinaus die Bestimmung, dass die verstaatlichten Unternehmen nach den Grundsätzen des Leistungswettbewerbs zu führen seien. ¹⁰⁹

Das Prinzip des geordneten Leistungswettbewerbs fand sich dann auch im Beschlusstext »Fragestellung zur Wirtschaftspolitik in ihrer Beziehung zur Außenpolitik« der dritten Kreisauer Tagung vom 12. bis 14. Juni 1943. ¹¹⁰ Inhaltlich unverändert wurden die im Grundtext »Wirtschaft« formulierten Prinzipien schließlich in die »Grundsätze für die Neuordnung« übernommen. ¹¹¹

¹⁰⁷ EBD., S. 89f.

¹⁰⁸ EBD., S. 74.

¹⁰⁹ *Beschlusstext Wirtschaft*, in: ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 548.

¹¹⁰ *Fragestellung zur Wirtschaftspolitik in ihrer Beziehung zur Außenpolitik*, 14. Juni 1943 (EBD., S. 552f.).

¹¹¹ *Grundsätze für die Neuordnung* (EBD., S. 566).

Wie die Freiburger Bonhoeffer-Denkschrift zeigt, standen sowohl die Kreisauer Pläne für eine berufsständische Gliederung als auch die Bestimmungen zur Verstaatlichung¹¹² wie auch die tendenziell vorhandene Neigung, die Agrarpolitik aufgrund ihrer vermeintlich auch bevölkerungs- und soziologischen Bedeutung von den Bestimmungen der allgemeinen Wirtschaftspolitik auszunehmen,¹¹³ nicht grundsätzlich im Widerspruch zur Leistungswettbewerbsordnung.

Obgleich Einsiedel und Trotha, wie Moltkes Briefe belegen, ihre Arbeit auch nach der Verabschiedung der »Grundsätze« fortsetzten,¹¹⁴ scheint innerhalb des Kreisauer Kreises die Entscheidung für die Leistungswettbewerbsordnung unangefochten geblieben zu sein, was angesichts der Nähe zu den Vorstellungen, die Einsiedel und Trotha entwickelt hatten, nicht verwundert. Auf wirtschaftlichem Gebiet lag daher innerhalb des Kreises weitaus weniger Konfliktstoff als auf dem der Regelung der Arbeitsbeziehungen, d. h. der Frage der Gewerkschaften.

Das Konzept der Kreisauer unterschied sich jedoch in einem wesentlichen Punkt von dem zeitgenössischen der Freiburger: Während der Leistungswettbewerbsordnung originär die sozialpolitische Seite fehlte – lediglich die sozialharmonistische Zielsetzung der Gemeinschaftsbildung war enthalten –, wurde die Leistungswettbewerbsordnung im Kreisauer Kreis um eine starke soziale Komponente ergänzt. Es war vor allem Alfred Delp, dessen Einfluss zum Tragen kam. Sein Gedanke der *iustitia socialis* überzeugte auch die Arbeitervertreter im Kreisauer Kreis. Der starke soziale Akzent, den die »Freunde« in ihrem Programm setzten, vermochte dabei gleichsam ein Defizit der Leistungswettbewerbsordnung auszugleichen.

Im Unterschied zu Goerdeler, der starr an seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen von in der Wirtschaft wirkenden »Naturgesetzen« festhielt und sich damit selbst isolierte, zeigten die Kreisauer in ihrem Bemühen um eine echte Reform die integrative Kraft ihres Wollens, wobei gleichwohl bemerkenswert ist, in welchem hohem Maße sie auf das Konzept der Leistungswettbewerbsordnung zurückgriffen. Für die zum Teil noch heute geltende Einschätzung der

112 Vorgesehen war die Verstaatlichung der Schlüsselunternehmen des Bergbaus, der eisen- und metallschaffenden Industrie, der Grundchemie und der Energiewirtschaft (*Beschluss-text Wirtschaft*, EBD., S. 548, *Grundsätze für die Neuordnung*, EBD., S. 566).

113 Bezüglich der Agrarpolitik fanden einige separate Zusammenkünfte statt, ohne dass es zu einer endgültigen Fixierung der Gedanken in Form eines Beschlusspapiers gekommen wäre. S. dazu ROON, *Neuordnung* (wie Anm. 4), S. 441ff.; s. a. die ausführliche Darstellung bei SCHWERIN (wie Anm. 18), S. 84ff.

114 So berichtete Moltke von Treffen mit Trotha und Einsiedel im Oktober und November 1943 und sprach im Januar 1944 davon, die beiden hätten einige, nicht unerhebliche Fortschritte auf dem Wirtschaftsgebiet erzielt. MOLTKE, *Briefe* (wie Anm. 3), S. 559, S. 569, S. 592.

Kreisauer Vorstellungen bedeutet dies: Die Auffassung, die Kreisauer hätten sozialistische Zielsetzungen in ihrem Wirtschaftsprogramm vertreten, ist ebenso revisionsbedürftig wie die damit verbundene Verortung der »Freunde« auf dem eher linken Spektrum der Opposition. Völlig obsolet ist die Meinung, die Kreisauer hätten »dunkel-romantische« Vorstellungen entwickelt. Gerade sie entwarfen unter dem maßgeblichen Einfluss Yorcks wirtschaftsordnungspolitische Pläne, die auf die später in der Bundesrepublik Deutschland verwirklichte Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft verwiesen, wobei zu bemerken ist, dass ihr sozialpolitischer Forderungskatalog bis heute nicht vollständig realisiert worden ist. Die sozial- und wirtschaftspolitischen Pläne der Kreisauer waren nicht utopisch, sondern zukunftsweisend.